

Ukraine-Krieg und die Theologie

Zoom-Gespräch zur Vertiefung der Diskussion

Rund 200 Interessierte nahmen am 25. April 2022 an unserem Zoom-Gespräch zum Ukraine-Krieg teil. Die Veranstaltung war vorbereitet worden durch den Abdruck von zwei Texten in der Ausgabe 1/2022 unserer Zeitschrift, in denen katholische/theologische Positionen zum Konflikt dargestellt worden waren.

Vor allem an den Thesen des Sozialethikers Professor Markus Vogt entzündete sich eine engagierte Diskussion. Im Nachgang dokumentieren wir die Stellungnahme der katholischen Friedensbewegung *pax christi*, deren Münchner Vorsitzende Martin Pilgram auch im Zoom-Gespräch mitdiskutierte.

„Grundlinien der Soziallehre sind nicht naiv“

Stellungnahme der katholischen Friedensbewegung *pax christi* von Martin Pilgram

So sehr wir Prof. Vogt in seinen christlich-sozialethischen Positionen schätzen, umso mehr sind wir enttäuscht über seine Aussagen zu Revisionen der Friedensethik angesichts des Ukrainekriegs in oben genanntem Essay. Bei unserer Kritik haben wir uns auf einige seiner Thesen beschränkt.

Zunächst teilen wir uneingeschränkt die Verurteilung des Angriffskrieges der russischen Machthaber auf die Ukraine sowie die Ausführungen von Prof. Vogt zur Notwendigkeit einer Versöhnung unter Einbeziehung der Kirchen. Aber wenn Prof. Vogt dem Mainstream folgend den Vorwurf erhebt, dass die Waffenlieferungen von Deutschland jetzt zu spät kommen, sehen wir das sehr kritisch. Pax christi hat die frühere Haltung der Bundesregierung, keine Waffen an die Ukraine zu liefern, immer unterstützt.



Martin Pilgram ist der Vorsitzende des pax christi Diözesanverbandes München und Freising. Er spricht für den gesamten Vorstand. Hauptverfasser*innen der Stellungnahme sind Reinhard Haubenthaler und Gabriele Hilz.

Auch teilen wir nicht die Auffassung, dass die früheren politischen Kontakte sowie die kulturellen wie wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland grundsätzlich falsch waren.

Entschieden lehnen wir ab, dass das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ethisch geboten sei, hier müsse man friedenspolitische Überzeugung hinter sich lassen und dies wäre aus Sicht der christlichen Friedensethik zu begrüßen. Pax christi hält eine solch weitreichende Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang für den falschen Weg und hat Sorge, dass diese größte Rüstungsinvestition in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu einer neuen Rüstungsdynamik führt. Dies widerspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes verankerten Friedensgebot.

Einen sachlichen Zusammenhang zwischen dem Angriff Russlands auf

die Ukraine und dem 100 Milliarden-Sondervermögen Bundeswehr, das die Ausstattung der Bundeswehr für die Landesverteidigung verbessern soll, gibt es nicht. Die Mängel in der Ausrüstung sind nicht in erster Linie ein finanzielles Problem, sondern eins in Beschaffung, Logistik und interner Organisation.

Woher werden die Mittel kommen angesichts eines Rekordhaushalts von 460 Milliarden für 2022 bei einer geplanten Neuverschuldung von 99 Milliarden? Geplant ist, bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Im Bundeshaushalt sind Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe um 1,6 Milliarden Euro vorgesehen.

Eine „Sicherheitsarchitektur“ ist nur durch Verhandlungen und Verträge *miteinander* möglich und ethisch vertretbar, *nicht* durch

die ständig steigende Aufrüstung *gegen* potenzielle Gegner. Und hier gibt es genügend zivile wirksamere Modelle zur Konfliktlösung.

Die Grundlinien der katholischen Soziallehre müssen wegen eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges nun

nicht als naiv und überholt angesehen werden. Und die friedensethischen Konsequenzen des Christseins können durch eine „fragile Welt“ nicht neu definiert werden.

Wir haben die Enzyklika *Fratelli tutti* schon immer als Friedenszyklika begrüßt und unterstreichen deshalb gerne die entsprechenden Passagen in dem Text von Prof. Vogt. Aber seine Behauptung, die pazifistische Ablehnung jeglicher Kriegsführung durch den

Papst halte der derzeitigen Situation in der Ukraine nicht stand, überzeugt uns nicht.

Bei den drei Grunddimensionen der Toleranz, die Prof. Vogt als notwendig für ein zukünftiges Miteinander bezeichnet, empfinden wir es geradezu als Widerspruch in sich selbst, wenn er die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte auf militärische Unterstützung bauen will. Die von Prof. Vogt geforderte Wehrhaftigkeit der Demokratie kann gar nicht militärisch nach außen gesichert werden. Unter einer wehrhaften Demokratie wird nicht die Bedrohung durch einen Feind von außen berührt, sondern gemeint ist hier eine Bedrohung innerhalb eines demokratischen Staatsgebildes, der man zum Beispiel durch das Tätigwerden des Verfassungsschutzes entgegentreten kann.

Wenn Franziskus in seiner Enzyklika in Kapitel 258 sagt, dass man „den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten“ kann, weil die „Risiken wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wurde, überwiegen“, gilt das nicht auch für den Widerstand gegen einen Angriff, auch wenn er noch so ungerecht und brutal sein mag? In Kapitel 260 erinnert Franziskus dann ja auch an Papst Johannes XXIII., der gesagt hat: „Darum widerstrebt es ... der Vernunft, den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten.“

Auf diesem Hintergrund halten wir es für geradezu fatal, wenn in den Ausführungen von Prof. Vogt aus einer vom Evangelium her inspirierten Friedensethik zumindest in einigen Passagen eine eher vom Abschreckungs-Gedanken geleitete Friedens- und Sicherheitsethik entwickelt wird, in der Waffengewalt und Aufrüstung für Christen „in einer fragilen Welt“ zu legitimen Mitteln für die Verteidigung und Sicherheit der Demokratie werden. Wir sehen da die Gefahr, dass aus der christlichen Lehre vom gerechten Frieden wieder die Lehre vom gerechten Krieg wird und unser christlicher Auftrag aus dem Evangelium zur pazifistischen Utopie. ■

Pax christi hält eine weitreichende Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang für den falschen Weg und hat Sorge, dass diese größte Rüstungsinvestition in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu einer neuen Rüstungsdynamik führt.



Ein gerechter Frieden schließt Waffenlieferungen nicht aus

Replik von Markus Vogt

Ich antworte auf den Text von *pax christi* in Anerkennung der Tatsache, dass Friedenssicherung in der Ukraine ein *wicked problem*, also eine komplexe, von Dilemmata gekennzeichnete Herausforderung ist, auf die es keine einfache Antwort und eine Legitimität unterschiedlicher Positionen gibt.

Meine Gründe, eine Waffenlieferung an die Ukraine zu unterstützen, sind: Es nicht zu tun, wäre unterlassene Hilfeleistung. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ schließt nicht ein, dass wir passiv zuschauen sollen und dürfen, wenn jemand getötet wird. Die Kriegsfüh-

rung der Russen ist auf eine Vernichtung der Zivilbevölkerung sowie eine Annullierung der Freiheit ausgerichtet und hat damit genozidartige Züge. Das bedingt moralisch eine *Responsibility to Protect*. Bloße Ermahnungen zu Versöhnung oder gar einseitiger Unterwerfung unter die Aggressoren wirken in dieser Situation zynisch. Zu lange hat Putin in Tschetschenien, der Krim und im Donbas die Erfahrung gemacht, dass der Westen nur leere Appelle dagegen setzt.

Einig bin ich mir mit Pax Christi, dass christliche Friedensethik im Anspruch des Paradigmas „Gerechter Frieden“ davon ausgeht, dass der Frieden nicht

alleine mit Waffen gewonnen werden kann. Es hätte schon im Vorfeld einer Reform des Weltsicherheitsrates und flankierender Institutionen sowie einer Professionalisierung der Konfliktmediation und der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Ukraine und in Russland bedurft. Versöhnungsarbeit und eine Kritik pauschalisierender Feindbilder ohne dabei die Aggression zu verharmlosen ist Kern christlicher Friedensethik. Dies ist jedoch keine Alternative zu Waffenlieferungen in der Situation akuter Bedrohung, sondern ein zusätzliches Erfordernis. ■